

SCHWEIZ SCHÖPFT AUS IHREM CHRISTLICHEN ERBE

Der Zentralvorstand der EVP hat die Vorbereitung einer Volksinitiative beschlossen. Sie soll festhalten, dass die Schweiz aus ihrem christlichen Erbe schöpft. Nach einer Vernehmlassung wird eine Delegiertenversammlung definitiv über die Lancierung entscheiden.

HEINER STUDER,
PRÄSIDENT DER EVP SCHWEIZ

Am 19. März hat der Zentralvorstand der EVP Schweiz in Moutier die Vorbereitung einer Volksinitiative beschlossen. Ein neuer Absatz in Artikel 72 (Kirche und Staat) soll festhalten, dass die Schweiz aus ihrem christlichen Erbe schöpft. Diese Formulierung weist nicht nur auf das zurückliegende Erbe hin, sondern zeigt, dass dieses Erbe auch heute unser Handeln beeinflusst.

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat respektieren

Der EVP ist es seit Jahren ein Anliegen, dass die christliche Grundlage in der Verfassung verankert ist. Die Schweiz und ihre historischen Errungenschaften gründen auf christlichen Überzeugungen. Das soll in der Verfassung seinen Niederschlag finden. Der Bedeutungsverlust des Christentums löst Angstreaktionen aus und mündet in Verboten, wie zuletzt dem Minarettverbot. Die EVP will dieser Angstkultur entgegentreten, indem das uns nach wie vor prägende christliche Erbe in der Verfassung verankert wird und dadurch eine Legitimation für das Christentum und seine öffentlichen Ausprägungen erreicht wird.

Die Diskussion um den definitiven Text ist nicht abgeschlossen. In

Erwägung zieht die EVP auch einen Absatz, wonach Kirchen und Religionsgemeinschaften zu einem von Toleranz getragenen Zusammenleben beitragen sollen und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat respektieren müssen.

An der Zuständigkeit der Kantone für das Verhältnis von Kirche und Staat soll nichts geändert werden. Allerdings wird von den verschiedenen Religionsgemeinschaften als Mangel empfunden, dass gesamtschweizerisch kein klar definierter Ansprechpartner vorhanden ist. Diesem Manko könnte begegnet werden, wenn dem Bund die Beziehungspflege zu gesamtschweizerisch tätigen Kirchen und Religionsgemeinschaften obliegen würde.

Der Entscheid, ob die Volksinitiative lanciert wird, liegt in der Kompetenz der Delegiertenversammlung. Bevor der Zentralvorstand über den definitiven Text befindet und der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz einen entsprechenden Antrag stellt, hat er das Anliegen und die vorgesehenen Formulierungen noch bis Mitte Mai in Vernehmlassung gegeben bei den verschiedenen Parteiorganen, den Kirchen und weiteren Partnerorganisationen, welche an dieser Fragestellung interessiert sind. Auch die Mitglieder der EVP können sich daran beteiligen: Wer sich äussern will, sende seine Überlegungen bis spätestens am 15. Mai 2010 ans Generalsekretariat.



EVP-Präsident Heiner Studer will das christliche Erbe in der Verfassung verankern.

KOMMENTAR

Mehr Good News

Das Thema Religion bewegt sich von der Privatsphäre vermehrt auf die öffentliche Bühne. Fast täglich lesen, hören oder sehen wir Berichte über Religiöses. Soweit, so gut! Doch leider sind es hauptsächlich negative Nachrichten, die uns in letzter Zeit erreichen. Die katholische Kirche versucht die weltweiten Pädophilie-Skandale zu bewältigen, die reformierte Landeskirche sieht sich mit einem drastischen Mitgliederschwund konfrontiert und die Freikirchen werden ihre Fundamentalisten-Etikette kaum mehr los. Wo bleiben die guten Neuigkeiten?

Das haben sich die Katholiken wohl auch gedacht bei der Lancierung der Kampagne «Mehr Good News». Der Slogan ist zutreffend, denn schliesslich geht es im christlichen Glauben um die gute Botschaft von Jesus Christus. Allerdings hat er dies nicht als PR-Kampagne für die Institution Kirche verstanden, sondern als Liebesangebot an den einzelnen Menschen.

Wo die lebensverändernde Botschaft des Christentums im Zentrum steht und mit der eigenen Fehleranfälligkeit in transparenter Weise umgegangen wird, entwickelt sich ein Nährboden für gute Neuigkeiten. Das gilt übrigens nicht nur für die Kirchen. Schliesslich hat auch die EVP das Evangelium im Namen. Als «Good News Party» hat die EVP deshalb die Aufgabe, diese Botschaft in der Politik zu konkretisieren.

Joel Blunier, Generalsekretär

Ökologische Steuerreform dank der EVP

Wer längere Zeit politisch aktiv ist, muss ungeduldig sein und benötigt zudem einen langen Atem. Beide Eigenschaften zu besitzen, lohnt sich.

Als Ende November 2007 meine Arbeit im Bundesparlament zu Ende ging, waren verschiedene meiner Vorstösse noch nicht definitiv behandelt. Bereits im März 2007 überwies der Nationalrat meine Motion für eine ökologische Steuerreform. Ziel der Revision: Der Bund erhebt auf den nicht erneuerbaren Energien eine Abgabe und verwendet den Reinertrag zur Senkung der Steuerbelastung der Arbeit.

Eine Motion ist erst dann ein Auftrag an den Bundesrat, wenn sie in beiden Räten eine Mehrheit findet. Der Ständerat nahm die Motion im Mai 2009 in etwas erweiterter Form an: Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht über die Wirksamkeit bestehender Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie eine Vorlage zu unterbreiten, welche diese Rahmenbedingungen verbessert. Die Vorlage hat auch Elemente einer aufkommensneutralen Ökologisierung des Steuersystems zu enthalten.

Infolge dieser Abänderung, welche am Kern meines Anliegens nichts ändert, hatte sich der Nationalrat nochmals zu äussern. Obwohl seine Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie ein Nein beantragte, wurde sie am 15. März 2010 mit 90 zu 87 Stimmen an den Bundesrat überwiesen. Ein wichtiger Schritt ist getan. Doch bis zur Umsetzung braucht es nochmals einen langen Atem. Den Menschen und der Umwelt zuliebe bleiben wir dran.



Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Einige Prospekte kommen einem vor wie alte Bekannte: der gelb-blaue der EVP. Auch die Frauen und Männer darin. Alle schön aufgeweckt, vor allem bei der Jungpartei; wie kriegt der Fotograf das bloss hin?»

Dölf Barben am 15. März im «Bund» in einer humoristischen Gesamtschau der Berner Wahlprospekte. Die EVP dankt den Fotografen für die gute Arbeit. Vor allem aber den eben wirklich aufgeweckten Kandidierenden!

«Statt Realloohnerhöhungen sollten wir höhere Kinderzulagen fordern. Damit können wir viel gezielter helfen.»

EVP-Mitglied Hans Mory aus Riehen in einer Zuschrift an akzente. Bei den Löhnen liegen wir im europäischen Vergleich an der Spitze, nicht jedoch bei den Kinderzulagen.

«Ohne Schminke sind beide Vorlagen reine Steuersenkungsinitiativen.»

Walter Donzé am 18. März im Nationalrat bei der Beratung der beiden Bausparinitiativen, die nur ganz wenigen zu Wohneigentum verhelfen, jedoch viele von Steuerabzügen profitieren lassen.

UNTERSCHRIFTENBOGEN

Die Geschäftsleitung der EVP Schweiz hat beschlossen, die Initiative zu unterstützen, welche Abreibungen aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung streichen will. In der Beilage finden Sie den entsprechenden Unterschriftenbogen. Herzlichen Dank für die möglichst rasche Rücksendung!

KEINE ABSTIMMUNG

Der Bundesrat verzichtet am 13. Juni auf eine Abstimmung. Der nächste Urnengang ist auf den 26. September angesetzt. Die Parolen dazu wird die EVP Schweiz an der DV vom 19. Juni in Solothurn beschliessen.

AUS DEM INHALT

Bankgeheimnis: Vorwärtsstrategie für einen sauberen Finanzplatz	4
Lotterien: Unredliches Doppelspiel der Kantone	5
Aus den Kantonen: Lachendes und weinendes Auge bei den Berner Wahlen	7

HOFFNUNG IN ZEITEN DES MANGELS

Wie können wir angemessen mit zunehmendem Mangel umgehen? Dr. Markus Müller, Direktor der Pilgermission St. Chrischona, plädiert für Orte der Hoffnung, der Wahrheit und der Barmherzigkeit.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Täuscht das Gefühl, es liege etwas in der Luft, das diese Welt völlig auf den Kopf stellen könnte?

Vergegenwärtigt man sich die letzten 60 Jahre in Mitteleuropa, ist die Ahnung unausweichlich, dass wir uns in den kommenden Jahren auf einen fundamentalen Umbruch zu bewegen. Viele Beispiele stützen diese Ahnung, etwa die demographische Entwicklung, der Vorstoss des Islams oder die unübersehbare Verschuldungsspirale – privat, kommunal, national. Wenn wir gesellschaftlich nicht ein neues Verhältnis zu Besitz, Geld und Wohlstand entwickeln, wird der Kampf um die Ressourcen dramatische Züge annehmen. Schliesslich die Schwächung der Familie: Über 19 Jahrhunderte waren aussereheliche und homoerotische Geschlechtsbeziehungen begründungspflichtig; heute sind es der Respekt und der Schutz von Ehe und Familie.

Anlässlich der Finanzkrise, im Energiebereich, bei der Sicherung der Sozialwerke: überall erleben wir, wie wir an die Grenzen des Wachstums stossen. Müssen wir den Gürtel künftig enger schnallen?

Das wird keineswegs genügen. Zukunft werden wir nur haben, wenn wir als Gesellschaft Formen des Zusammenlebens entfalten, die sozusagen vor-politisch Sicherheiten für den Einzelnen und für Gruppen von Menschen schaffen.

Markus Müller, 55

verheiratet, vier Kinder,
Direktor der Pilgermission
St. Chrischona.



Dr. Markus Müller fordert ein neues Denken bezüglich unserer Ressourcen.

Wenn wir als Teil des gesellschaftlichen Ganzen nicht lernen, im Kleinen Orte zu schaffen, an denen ein neuer Umgang mit Geld, Besitz, Energie, Grenzen, Schwächen, Unglück usw. eingeübt wird, dann sehe ich keinen Weg an zunehmender Aggressivität vorbei.

Dabei dürfen wir neu entdecken, welch zukunftsträchtiges Erbe uns in Europa gegeben ist: ein Kontinent des Herzens, der versöhnten Vielfalt, der Bildung. Wir müssen lernen, wie wir dieses Erbe konstruktiv in die Auseinandersetzung von Kulturen einbringen.

In ihrem Buch «Trends 2016. Die Zukunft lieben» beobachten Sie eine Zunahme von Mangelszenarien, kombiniert mit unserer Unfähigkeit, angemessen damit umzugehen. Was wäre angemessen?

Wer davon ausgeht, dass die Sache mit dem Christentum ernst ge-

meint ist, darf wissen, dass er bei Gott nicht zu kurz kommt, und – für westliche Menschen interessanterweise herausfordernder als für Menschen aus andern Kulturen – dass er im Frieden bleiben kann, auch wenn er Verzicht übt.

Oft heisst es jedoch: Wachsen um jeden Preis. Viele Probleme sollen mit noch mehr Wachstum aus dem Weg geräumt werden.

Die Spirale lässt sich nur durch ein mündiges Nein-Sagen zu bestimmten Möglichkeiten durchbrechen. Erst die Fähigkeit dieses mündigen Nein-Sagens ermöglicht ein Ja-Sagen zu einer von uns gewählten Lebensoption im Weniger (weniger Besitz, weniger Show, weniger Information, ...). Mir persönlich hilft ein Verzicht auf etwas Ansehen, etwas Besitz, etwas Anerkennung, etwas Information, etwas ..., um neu Ja zu meinem von mir selber gewählten Lebenskonzept zu sagen. Ein echtes, mündiges Ja erfordert ein klares Nein zu alternativen Optionen. Um darin stark zu werden, benötige ich Verbündete.

Können wir uns für Zeiten erhöhten Mangels vorbereiten? Oder gilt es tagtäglich das Beste aus seinen Möglichkeiten zu machen und auf Gottes Versorgung zu vertrauen?

Meiner Erfahrung nach gelingt es nicht, allein aufgrund von Vorstellungswelten Verhalten effektiv zu verändern. Verheissungsvoller ist die Antwort auf die konkrete Frage: Was würde ich, was würden wir tun, wenn...? Wenn dann so eine Situation eintrifft, habe ich mehr Handlungsoptionen. Vor einiger Zeit haben wir an einer Konferenz mit Senioren äusserst spannende Gespräche mit der Frage ausgelöst, was diese Senioren täten, wenn ab Datum X keine Renten mehr

gezahlt würden. Auf diese Weise könnte es gelingen, sich gut auf künftige, möglicherweise schwierigere Szenarien vorzubereiten.

Wie gelingt das, ohne in Endzeitpanik oder Angstmalerei zu verfallen?

Weder Schwarzmalerei noch Schönfärberei hilft wirklich. Es braucht meines Erachtens so etwas wie Gesprächszirkel, die sich die Zeit nehmen, nicht nur Notwendiges abzuarbeiten, sondern Wesentliches zu debattieren. Unsere politische Kultur leidet darunter, dass jenseits von Pflichterfüllung kaum noch Raum für die wesentlichen Fragen bleibt.

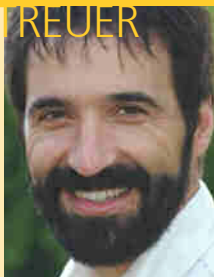
In Zeiten des Mangels ertönt rasch der Ruf nach dem Staat. Doch der ist zunehmend überfordert.

Zwischen 1970 und 2000 hat der Staat in einer massiven Selbstüberschätzung wesentliche Bereiche an sich gerissen, die über Jahrhunderte sozusagen vor-politisch geklärt worden sind. Das war keine gute Idee. Aus meiner Sicht müsste der Staat ganz neu alles daran setzen, den vorpolitischen, konstitutiven Bereich innerhalb unserer Gesellschaft zu fördern, zu fördern und zu schützen.

Sie postulieren, unsere Gesellschaft brauche künftig Orte der Hoffnung, der Wahrheit und der Barmherzigkeit. Was bedeutet das?

Eine Gesellschaft ohne Hoffnung verodet, eine Gesellschaft ohne Wahrheit verwahrlost und eine Gesellschaft ohne Barmherzigkeit erkaltet. Wo immer etwas von diesen drei Bereichen keimt, hat der Staat die Verantwortung, solche Lebenskeime zu schützen. Ich meine dies etwa in den angeklungenen Bereichen Besitz und Geld, Ehe und Familie, Religion: Wer versucht, Besitz zu teilen, wer versucht, in Ehe und Familie verantwortlich und treu zu sein, wer versucht, Menschen aus andern Kulturen zu verstehen, bevor er Urteile fällt, macht sich angreifbar und verletzlich. Dieses Verletzliche zu schützen ist die Pflicht des Staates. Damit diese erfüllt werden kann, begleiten wir als Bürger Staat und Politik wohlwollend und wertschätzend.

Dr. Markus Müller: Trends 2016. Die Zukunft lieben. Brunnen, 2009.



VORWÄRTSSTRATEGIE

Der Bund muss die Altlasten der un versteuerten Vermögen offensiv angehen und in Verhandlungen mit dem Ausland einen geordneten Ausstieg anstreben. Dabei zeichnet sich der automatische Informationsaustausch als beste Lösung ab.

Handfester Glaube

Ich kenne keine Christen, die allen Ernstes sagen, dass unsere Gesellschaft uns Christen nicht braucht. Ich kenne keine Christen, die sich nicht darüber freuen, dass etwas gegen Ungerechtigkeit getan wird. Ich kenne keine Christen, die den Rückenwind der Ermutigung nicht schätzen. Ich kenne keine Christen, die das Prinzip «überwinde das Böse mit Gutem» ablehnen.

Wer den Glauben an Jesus Christus aber nur denkt, glaubt nicht. Wer zustimmt und nicht zupackt, sagt nein. Glaube ohne Werke ist tot. Ich kenne fast nur Christen, die einen toten Glauben für etwas höchst Problematisches halten.

Wenn der Glaube tot ist, muss was geschehen! Im Kleinen fängt es an. Es braucht manchmal nur eine praktische Idee, damit jemand weiss wie; eine herausfordernde Bitte, damit jemand sich betroffen fühlt; eine handschuhlose Konfrontation, damit jemand erwacht; eine kleine Ermutigung, damit jemand sich traut; ein ehrliches Dankeschön, damit jemand nicht aufgibt.

«Dominus providebit» ist das Motto des Christustages am 13. Juni in Bern: «Der Herr wird vorsorgen!» Es steht auf jedem Fünfliber, damit wir es selbst bei ganz materiellen Dingen nicht vergessen, dass letztlich Gott für uns sorgt.

Bei dieser Versorgungslage können wir grosszügig zupacken, Hand anlegen, tun, was unsere Nachbarn und unsere Gesellschaft brauchen. Am Christustag wird unsere Vorstellung dazu konkreter, unser Mut grösser, der Kreis der Verbündeten sichtbarer und unser Glaube handfester!

René Winkler,
Präsident Christustag 2010

NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION

Im März 09 hat der Bundesrat beschlossen, dass er künftig bei begründetem Verdacht und auf Anfrage hin auch bei Steuerhinterziehung Amtshilfe leisten will. Auf dem Papier ist dies das Ende des Bankgeheimnisses. Doch die Hürden sind nach wie vor hoch. Denn bei vielen der un versteuerten Vermögen auf hiesigen Bankkonten fehlt den Herkunftstaaten jeder Anfangsverdacht, den sie für ein Amtshilfegesuch benötigen. Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit bis zur nächsten geklauten Daten-CD. So versuchen die ausländischen Staaten den Druck auf ihre Steuerhinterzieher und die Schweiz aufrechtzuerhalten.

Nichtstun brandgefährlich

Es ist höchste Zeit für den Bruch mit der Vergangenheit. Der Bund muss die Altlasten der un versteuerten Vermögen angehen und in Verhandlungen mit dem Ausland Amnestien oder andere Möglichkeiten der vereinfachten Legalisierung anstreben. Dabei muss die Schweiz die Rechtsstaatlichkeit wahren und ein Stück weit auch an ihre Verantwortungen gegenüber den Kunden denken. Vor allem aber ist es brandgefährlich, nichts zu tun. Zu gross die Gefahr, dass die Schweiz dann unter höchstem Druck überstürzt handeln muss, wie bei der Einführung des OECD-Standards und der Auslieferung der ersten 250 Kundendossiers in die USA geschehen.

Welche Möglichkeiten gibt es zur Legalisierung der Altlasten und welche Entwicklungen zeichnen sich international ab? In Diplomatkreisen wird vermutet, dass die EU schon bald versuchen dürfte, das bestehende Betrugsbekämpfungsabkommen so zu erweitern, dass sie nicht mehr konkrete Namen liefern, sondern bloss Betrugstatbestände umschreiben muss, um Amtshilfe zu erhalten. Es wäre dann Aufgabe der Schweiz zu ermitteln, welche Kunden diese Kriterien erfüllen, was mit entsprechend hohem Aufwand verbunden ist.

Abgeltungssteuer führt in die Sackgasse

Reine Schlaumeierlösungen sind die von den Banken propagierte Abgeltungssteuer oder die Selbstdeklaration der Anleger. Erstere bietet viele Schlupflöcher und kann den Steuerbetrag naturgemäss nie

voll erfassen, da die Schweizer Bank nicht die gesamte Steuersituation des Kunden kennt. Stützt man hingegen bloss auf die schriftliche Zusage des Kunden ab, dass seine Anlagen allesamt versteuert seien, wird dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Diese Ideen führen in die Sackgasse. Allenfalls könnte eine Bestätigung der Steuerbehörden verlangt werden, dass die Anlagen versteuert sind. Inwiefern dies praktikabel ist, ist allerdings schwierig zu beurteilen.

Informationsaustausch als Befreiungsschlag

Das Potential zum Befreiungsschlag hat einzig der automatische Informationsaustausch. Er wird von 23 EU-Staaten angewendet und beinhaltet den jährlichen Austausch von Name und Wohnsitz der ausländischen Kontoinhaber, Name der Bank und Kontonummer sowie die Höhe der Zinszahlungen, bzw. ähnlicher Kapitaleinkommen. Zwar lehnt der Bundesrat den Informationsaustausch ab, weil er ineffizient sei und auch nicht dem Schweizer Verständnis des Vertrauens zwischen Bürger und Staat entspreche. Er erzeugt in der Tat einen gewaltigen Datenwust, der aber immerhin nur von jenen Steuerbehörden verarbeitet werden müsste, welche dies wünschen und auf dieser Grundlage Amtshilfegesuche stellen wollen. Für den Informationsaustausch spricht weiter, dass die USA das geltende QI-Abkommen soeben dergestalt erweitert haben, dass es dem Informationsaustausch sehr nahe kommt. Je früher die Schweiz beim sich abzeichnenden globalen Standard im Kampf gegen die Steuerflucht mitmacht, desto weniger Federn wird sie dabei lassen müssen. Sie kann im Gegenteil ihre wiedererlangte Glaubwürdigkeit dazu nutzen, um konstruktiv an der unerlässlichen Neuordnung der Finanzmärkte mitzuwirken.



Wie weiter mit dem Bankgeheimnis? Der Bund ist gefragt!

DOPPELMORAL DER KANTONE

Die Kantone kämpfen vor Bundesgericht dafür, Lotterieautomaten betreiben zu dürfen, bei denen Experten ein hohes Suchtpotential vermuten. Um ihr Doppelspiel als Lotterieveranstalter und -aufsichtsorgan zu verteidigen, haben sie sogar eine Initiative eingereicht.

RETO F. DENOTH,
PRÄSIDENT EVP KANTON ST.GALLEN

Mit dem Spielbankengesetz wurden die Geldspielautomaten in die Casinos verbannt. Weil dort ein minimaler Sozialschutz möglich ist und Spielsuchtgefährdete ausgeschlossen werden können. Heute möchten die Kantone über ihre Lotteriegesellschaften äusserlich und vom Spielvorgang her von übrigen Spielautomaten kaum zu unterscheidende Lotteriespielautomaten in Restaurants und Bars installieren. Nach einem Spieleinsatz von einem bis fünf Franken können auf einem Touchscreen verschiedene Felder aufgedeckt werden, der Spieler wird sofort über Gewinn oder Verlust informiert. Experten wie der Psychiater Mario Gmür stufen sie als «ruinöses Nonstopspiel mit hohem Suchtpotential» ein. Spielsucht ist keine Bagatelle. Sie hat schlimme Folgen, oft sind Angehörige mitbetroffen.

In der Westschweiz sind rund 400 solcher Tactilo-Kästen durch die Loterie Romande bereits in Betrieb. Die Eidgenössische Spielbankkommission hat sie als Geldspielautomaten taxiert und ihre weitere Verbreitung durch die Swisslos – in

der Deutschschweiz und im Tessin unter dem Namen Touchlot – einstweilen untersagt. Die Kantone haben die Verfügung angefochten, die Angelegenheit ist vor Bundesgericht hängig. Weil der Bundesrat nicht willens war, die heute unscharfe Unterscheidung zwischen Lotterien und Geldspielen in einer Revision des Lotteriegesetzes anzugehen.

Kantone lancieren Initiative

Die Kantone spielen ein übles Doppelspiel. Zum einen veranstalten sie seit über 50 Jahren Grosslotterien und profitieren finanziell. Zum anderen sind sie Bewilligungs- und Aufsichtsinstanz für alle Lotterien. Meist sitzen die gleichen Regierungsräte im Aufsichtsgremium «Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz», welche die Kantone auch in der Swisslos vertreten! Die Unmöglichkeit des Spagats, einerseits finanziell möglichst viel herauszuschlagen und andererseits doch der Spielsucht präventiv etwas entgegenzuwirken, wird in den Verlautbarungen der Kantone und in der Verbandspostille «zum Glück» immer wieder offensichtlich.

Nun hat die Loterie Romande mit Geldern der Sport-Toto-Gesellschaft



Swisslos-Glücksrad am Kiosk.

sogar eine Volksinitiative zur Sicherung der kantonalen Lotterie-Pfründen eingereicht. Unter dem schönfärberischen Titel «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will sie im Wesentlichen die Doppelfunktion der Kantone zementieren und dem Bund die Kompetenz zur Lotteriegesetzgebung entreissen. Der Hintergrund liegt auf der Hand: mit dem neuen Verfassungsartikel wäre der Tactilo-Streit definitiv zugunsten der Kantone entschieden. Zwar will der Bundesrat die grössten Mängel der Initiative ausmerzen. Doch auch sein direkter Gegenentwurf sieht vor, dass die Kantone Veranstalter, Nutzniesser, Bewilligungs- und Aufsichtsorgan der Lotterien bleiben.

Kanada krebst zurück

EVP-Präsident Heiner Studer ruft die Kantone zur Mässigung auf: «Sie müssen mit ihrem scheinheiligen Doppelspiel aufhören und ihre Verantwortung wahrnehmen. Es ist unglaublich, dass sie über ihre Lotteriegesellschaften die Spielsucht aktiv fördern wollen.» Die EVP akzeptiert nicht, dass wegen stagnierenden Umsätzen neue Lotterien mit grossem Suchtpotential lanciert werden. In Kanada hatte der Einsatz elektronischer Lotterieautomaten derart verheerende Auswirkungen auf das Suchtverhalten der Bevölkerung, dass man dort inzwischen zurückbuchstabiert hat.

So kämpft die EVP

Die meisten Kantone haben die Touchlot-Geräte bereits bewilligt. So auch der Kanton St.Gallen. Kantonsrat Reto F. Denoth will mit einer Motion alle elektronischen Lotteriespiele im kantonalen Lotteriegesetz verbieten und in einer Übergangsbestimmung ausdrücklich die Touchlot-Bewilligung widerrufen.

Zweitens verlangt die EVP seit Jahren eine Totalrevision des Lotteriegesetzes aus den 20er Jahren. Ziel wäre eine bessere Abgrenzung zwischen Geldspielen und Lotterien. Bestes Kriterium wäre die unmittelbare Wiederholbarkeit der Spiele: alle Geldspiele mit Sofortgewinnen dürften nur noch in Spielbanken gespielt werden. Die Lotterien müssten neu eine Mindestzeitspanne zwischen letztem Kioskverkauf und Ziehung der Gewinnzahlen einhalten.

EVP IN AKTION

Suizidhilfeorganisationen verbieten

Der Bundesrat hat zwei Varianten für eine Neufassung von Artikel 115 im Strafgesetzbuch in Vernehmlassung gegeben: entweder strenge Rahmenbedingungen für oder ein Verbot von Suizidhilfeorganisationen. Die EVP spricht sich für Variante 2 aus, weil heute die Gefahr besteht, dass zu rasch Suizidhilfe beansprucht wird. Mit dem Verbot der organisierten Suizidhilfe bleibt die Hintertür der Suizidhilfe durch Angehörige offen. Damit kann die EVP leben.

Derweil hat Nationalrat Ruedi Aeschbacher seine Motion für ein Totalverbot der Suizidhilfe zurückgezogen. Mit dieser radikalsten Variante wollte er den Fächer für die bundesrätliche Auslegeordnung so weit wie nur irgend möglich öffnen. Mit dem Vorschlag des Bundesrates sieht Aeschbacher wichtige Ziele seiner Motion erfüllt. Zwei parlamentarische Initiativen Aeschbachers sind weiterhin hängig: die eine will den Sterbetourismus unterbinden, die zweite alle wie auch immer gearteten Geldströme oder finanziellen Vorteile im Zusammenhang mit der Suizidhilfe verbieten.

Ökologische Steuerreform: Etappenziel

Der Nationalrat hat der Motion für eine ökologische Steuerreform von EVP-Präsident Heiner Studer zum zweiten Mal zugestimmt. Auch wenn der Ständerat den Text abgeschwächt hat, muss der Bundesrat nun eine Vorlage ausarbeiten, die «Elemente einer Ökologisierung» des Steuersystems enthält. «Wir alle wollen Arbeit und sollen aus Klimaschutzgründen und weil sie endlich sind, sorgsamer mit den nicht erneuerbaren Energien umgehen. Was liegt also näher, als den Energieverbrauch stärker und die Arbeit geringer zu besteuern?» meint Heiner Studer.

VORSTOESSE

Langzeitarbeitslosigkeit mildern

EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) will vom Bundesrat wissen, wie er die vermutlich ansteigende Langzeitarbeitslosigkeit mildern will, um neue Armutsfälle zu vermeiden.

Gemeindetageskarten beibehalten

Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) wehrt sich gegen den 15%-Aufschlag bei den Gemeindetageskarten der SBB und ihre Gültigkeit neu erst ab 9 Uhr. So würden vor allem Personen aus den schwächsten Schichten und aus den Randregionen getroffen.

Rasche Asylverfahren für Kinder

Mit der Interpellation «Verfahrensrechte von begleiteten, Asylsuchenden Kindern» fordert Aeschbacher raschere und priorisierte Asylverfahren für Kinder. Diese hätten aufgrund ihrer besonderen Verletzlichkeit und Abhängigkeit ein Anrecht darauf.

Rauchfreie Bahnhöfe

Einen zweiten Anlauf nimmt Ruedi Aeschbacher für rauchfreie Bahnhöfe. Nicht nur Züge und unterirdische Bahnhöfe, sondern auch Perrons und Unterführungen sollen rauchfrei sein.

Faire Debatten

Mit zwei Vorstössen engagiert sich Aeschbacher für faire Debatten im Parlament. Statt sich nur an der Grösse der Fraktionen zu orientieren, müsse die Zuteilung der Redezeit in den sich häufenden ausserordentlichen Sessionen auch die Zahl der eingereichten Vorstösse zur Thematik berücksichtigen. Zweitens müssten Motionen und Postulate wenn immer möglich mündlich begründet werden können. Es ist Aeschbachers 100. Vorstoss im Nationalrat!

AUS DEM BUNDESHAUS

VERHÄRTETE FRONTEN

Zwei Grundsatzdebatten prägen die Frühjahrsession der eidgenössischen Räte: Zuwanderung und Arbeitslosigkeit. Für Auseinandersetzungen sorgt die Abzocker-Initiative.

(nh). Taktik prägt die Debatte zur **11. AHV-Revision**. Zwar heisst der Rat ein Modell gut, welches mit 1,5 Milliarden flexible Frühpensionierungen ermöglicht. Aber dann löst er die Ausgabenbremse nicht. Bei der letzten **Revision der Arbeitslosenversicherung** hat die EVP darauf hingewiesen, dass die Lohnprozente nicht mal in guten Zeiten ausreichen. Jetzt soll das Loch durch Leistungskürzungen behoben werden. Zwar sorgt der Ständerat für Mässigung. Dennoch ist das Referendum für die Linke beschlossene Sache.

Die EVP unterstützt sowohl die **Klimainitiative** wie auch die **Revision des CO2-Gesetzes**. Alles, was dem Klima nachhaltig helfe, müsse jetzt angepackt werden, betont Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH), Mitglied des Initiativkomitees.

Bei der Behandlung der **Abzockerinitiative** legen sich SVP und SP wahlstrategisch ins Zeug. Die EVP unterstützt Initiative und Gegenvorschlag, dämpft allerdings die Erwartungen. Für Ruedi Aeschbacher ist höchst unsicher, ob eine Stärkung der Aktionärsdemokratie allein zu tieferen Bezügen führe.

In der ausserordentlichen Session zur **Zuwanderung** wundert sich

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE), dass sich die Schweiz mit einer sechsstelligen Zahl von illegal Anwesenden einfach abfindet. Sein Votum zum unbeherzten, uneinheitlichen, inkonsequenten und letztlich auch nicht menschenwürdigen Volzug findet grosse Beachtung.

Zivildienst unter Druck: Weil deutlich mehr Gesuche eingereicht wurden als in den Vorjahren, fürchten Bürgerliche bereits um die Armee. Walter Donzé will zuerst wissen, ob gleichzeitig die Abgänge aus medizinischen Gründen gesunken sind. Erst dann kann über allfällige Anpassungen diskutiert werden.

Fifa und Uefa müssen ihre **Gewinne auch künftig nicht versteuern**. Eine Parlamentarische Initiative von Ruedi Aeschbacher wird mit 116:58 abgelehnt. Dafür folgt ihm der Nationalrat beim **Handelsverbot mit Robbenfellen**.

Zwei Initiativen wollen das **Bausparen** steuerlich privilegieren. Vom erleichterten Zugang zum Wohneigentum profitieren aber nur ganz wenige Familien, hingegen sehr viele, vor allem hohe Einkommen von den Steuerabzügen. Die EVP-Nationalräte lehnen die Steuersenkungsvorlagen ab.

KURZ & BUENDIG

Eggimann im ZV

Der 30-jährige Stefan Eggimann ersetzt die Thurgauer Kantonalpräsidentin Regula Strecken im Zentralvorstand der EVP Schweiz.

DV in Moutier

An der 91. Ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 20. März in Moutier gaben die statutarischen Geschäfte kaum zu Diskussionen Anlass. Eine Resolution für einen sauberen Finanzplatz wurde zur Überarbeitung an die Geschäftsleitung zurückgewiesen.

Kadertag am 8. Mai

Für Kurzentschlossene: am Samstag, den 8. Mai findet in Basel der Kadertag für alle EVP-Kader der deutschen Schweiz statt. Am Morgen referieren Erwachsenenbildner Urs Argenton und PR-Beraterin Petra Greykowski Oberle zu Personalpolitik und Kommunikationsstrategien; am Nachmittag stehen diverse Workshops auf dem Programm.

EVP Frauen in Bern

Am 20. September besuchen die EVP Frauen Schweiz das Bundeshaus in Bern.

TERMINE

- | | |
|--------------------|---|
| 1. Mai 2010 | EVP Schweiz, Yverdon
Kadertag Romandie |
| 8. Mai 2010 | EVP Schweiz, Basel
Kadertag Deutschschweiz |
| 19. Juni 2010 | EVP Schweiz, Solothurn
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand |
| 28. August 2010 | EVP Schweiz, Weinfelden
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand |
| 18. September 2010 | EVP Schweiz: Bettagskonferenz |
| 20. September 2010 | EVP Frauen: Besuch des Bundeshauses |
| 26. September 2010 | Volksabstimmung |

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 17. Jahrgang, Nummer 4, April 2010
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Reto F. Denoth, Walter Donzé, Niklaus Hari, Heiner Studer, Gallus Tannheimer, René Winkler.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.



Gerhard Fischer ist höchster Zürcher

Ab Mai präsidiert der Bäretswiler Gerhard Fischer den Zürcher Kantonsrat.

Wahlen in Riehen

In **Riehen** hat die EVP neu sechs statt sieben Mandate in der Legislative. Mit Gemeindepräsident Willi Fischer (bisher) und Annemarie Pfeifer (neu) stellt sie nach wie vor zwei Exekutivsitze.

Neu im Kantonsrat

Zürich: Markus Schaaf, Heimleiter aus Rämismühle, löst Thomas Ziegler im Kantonsrat ab.

St.Gallen: Für Reto F. Denoth politisiert neu Jascha Müller, St.Gallen, im Kantonsrat.

Basel-Landschaft: Für Paul Rohrbach rückt Dorothée Dyck in den Landrat nach. Bereits letzten Herbst hat Sara Fritz Thomi Jourdan abgelöst.

Neu in der Legislative

St.Gallen: Im St.Galler Stadtparlament tritt Walo Möri aus beruflichen Gründen zurück. Für ihn nimmt Daniel Bertoldo Einsitz, Diakon der reformierten Landeskirche St.Gallen Centrum.

Frauenfeld: Im Gemeinderat von Frauenfeld gibt Wolfgang Ackerknecht den Stab an den 29-jährigen Michael Hefti weiter.

Neu in der Exekutive

In **Büren** wird Lukas Eschbach für die Exekutive nachnominiert.

Neu im Präsidium

Brigitte Zürcher-Schmid übernimmt das Präsidium der EVP Amtei **Wasseramt-Bucheggberg** von Harieta Friedli.

LACHENDES UND WEINENDES AUGE

Die EVP Kanton Bern hat bei den Regierungswahlen einen Achtungserfolg erzielt, 10 Sitze im Grossrat erobert und neu mit Patrick Gsteiger einen Sitz im Berner Jura inne. Schmerzhaft ist die Nichtwahl von vier Bisherigen.

(nh). Die EVP Kanton Bern blickt mit gemischten Gefühlen auf das Wahlwochenende vom 28. März zurück. Einerseits haben 10 EVP-Kandidierende die Wahl in den Grossen Rat geschafft: **Christine Schnegg** (Wahlkreis Biel-Seeland), **Daniel Steiner** (Wahlkreis Oberaargau), **Ruedi Löffel**, **Niklaus Gfeller** (beide Mittelland Nord), **Josef Jenni** (Emmental), **Marianne Streiff** (Mittelland Süd), **Hans Kipfer**, **Marc Jost** (beide Thun), **Markus Grossen** (Oberland) und **Patrick Gsteiger** (Jura Bernois). Letzterer ist neu im Rat und ist der erste EVP-Vertreter aus dem Berner

Jura. Bei den Regierungswahlen konnten Marc Jost (mit 36 919 Stimmen auf Platz 10) und Patrick Gsteiger (mit 20 293 Stimmen auf Platz 11) einen Achtungserfolg für die EVP erzielen. Tom Gerber wurde als Vertreter von Moutier als Mitglied des Conseil du Jura Bernois bestätigt.

Schmerzhaft ist der Verlust von je einem Sitz in den Wahlkreisen Biel/Seeland, Oberaargau, Stadt Bern und Mittelland. Damit wurden die bisherigen Grossräte **Philippe Messerli**, **Reto Steiner**, **Wilf Gasser** und Kantonalpräsident **Gerhard Baumgartner** leider nicht mehr

gewählt. Teils war dies durch die neuen Wahlkreise bedingt, teils durch den Rückgang des Wähleranteils von 7.3 % (2006) auf 5.9 %. «Durch die neue Konkurrenz in der politischen Mitte durch BDP und glp muss sich die EVP ganz neu behaupten», erkennt Geschäftsführer Gallus Tannheimer. «Wir werden uns weiterhin für eine lösungsorientierte Politik auf der Basis christlicher Werte einsetzen und nicht nachlassen!»



Neu im Grossrat: Patrick Gsteiger aus dem Berner Jura.

EVP IST GLAUBWÜRDIG IN DER EXEKUTIVE

Auch bei den Zürcher Gemeindewahlen bekommt die EVP die Konkurrenz durch neue Parteien zu spüren. In den Exekutiven wird sie aber fast überall bestätigt.

(nh). In **Dietikon** wird Heinz Illi wieder in den Stadtrat gewählt. Zudem ist die EVP auch künftig mit drei Sitzen im Parlament vertreten. Hans Zolliker wird als Schulpräsident und Exekutivmitglied von **Opfikon-Glattbrugg** bestätigt. Auch die drei Sitze in der Legislative kann die EVP halten. In **Schlieren** verbleibt Robert Welti in der Exekutive. Ebenso stellt die EVP wieder zwei Mandate im Parlament. Johannes Zollinger wird in **Wädenswil** als Stadtrat und Schulvorstand bestätigt. Im Parlament kommt die EVP auf zwei Sitze (-1). In **Zürich** schafft die EVP die geforderte 5%-Hürde haarscharf und kommt mit einem

dunkelblauen Auge davon. Sie verliert zwei Sitze und ist im Gemeinderat neu mit vier Sitzen vertreten. Richard Rabelbauer wird für seinen engagierten Stadtratswahlkampf schlecht belohnt. In **Winterthur** erreicht Nik Gugger das absolute Mehr, darf aber als Überzähliger nicht in den Stadtrat einziehen. Im Stadtparlament verliert die EVP einen Sitz und kommt neu auf vier Mandate. Auch in **Dübendorf** scheidet Rolf Güttinger leider als Überzähliger aus dem Stadtrat. Im Parlament verliert die EVP einen von zwei Sitzen.

In den Parlamenten von **Adliswil** und **Uster** kann die EVP ihre Sitze

halten (je 2). Je einen Sitz verliert sie in **Illnau-Effretikon** (neu 2) und **Kloten** (neu 2).

Nicht nur in den Parlamentsgemeinden wird gewählt. Freude herrscht nach der Wahl von Sandra Rottensteiner zur ersten Gemeindepräsidentin von **Urdorf**. Bestätigt wird als Gemeinderat Christoph Kobel in **Obfelden**, Bruno Strässler in **Rorbas** und Martin Schwager in **Unterstammheim** als Gemeindepräsident. In einigen Gemeinden wird erst am 25. April und damit nach Redaktionsschluss gewählt.



Gemeindepräsidentin von Urdorf: Sandra Rottensteiner.

A.Z.B.
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden

Bilder: Walter Donzé



LETZTE SESSION VON RUEDI AESCHBACHER

(nh). Nach 32 Jahren in einem politischen Amt und gut 10 Jahren im Nationalrat tritt Ruedi Aeschbacher auf den 31. Mai zurück. Gleichentags wird seine Nachfolgerin Maja Ingold vereidigt, bis vor kurzem Sozialvorsteherin in Winterthur. Sie wird erste Nationalrätin der EVP.

Ende der Frühjahrssession hatte Ruedi Aeschbacher seinen letzten

Sessionstag; unser Bild zeigt ihn im Gespräch mit der grünen Nationalrätin Maya Graf. Auf dem Tisch ist der grosse Schokoladen-Güggel zu sehen, der Walter Donzé seinem Nationalratskollegen geschenkt hat.

Ruedi Aeschbacher wurde im Parlament allseits für seine klaren Positionen geschätzt, die er mit Respekt und Anstand kundtat. Aus der



Aeschbachers letzte Abstimmung: Es war ein Ja...

Laudatio von Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer am 19. März: «In Bern verschaffte sich Ruedi Aeschbacher mit vielen klugen und differenzierten Voten und Vorstössen Aufmerksamkeit. (...) Er war während seiner ganzen Amtsdauer ein aktives und engagiertes Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Rechtsstaatlichkeit und korrekter Rechtsvollzug waren ihm ein grosses Anliegen. (...) Wir danken Ruedi Aeschbacher für seine Arbeit zugunsten des Umweltschutzes und der Lebensqualität in diesem Land.»

Mit Ruedi Aeschbacher verliert die EVP einen überaus kompetenten und engagierten Nationalrat. Oder wie es ein Mitglied der CVP-Fraktion EVP-Präsident Heiner Studer zuflüsterte, nachdem Ruedi Aeschbacher die Fraktion wieder mal an ihre Verantwortung erinnert hatte: «De Ruedi isch eifach de Beschtl!»

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 1. ausserordentlichen DV der EVP Schweiz am Samstag, 19. Juni 2010, 10.15 bis 12.30 Uhr im Alten Spital, Solothurn.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 19. Juni 2010 an.
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev- Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 14. Juni 2010 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

BILDUNG

Internes Kursangebot der EVP Schweiz

Die EVP Schweiz bietet auch dieses Jahr diverse Kurse wie «Medienarbeit für Parteisektionen», «Einführung in die webbasierte Adressverwaltung», «Fundraising für Parteisektionen», «Wahlkampfseminar», «Webseiten für Ortsparteien» oder «Neu in der EVP» an.

Die Kurse finden in Bern oder Zürich statt, sind meistens kostenlos (bzw. Unkostenbeitrag zur Verpflegung) und werden von Generalsekretär Joel Blunier oder seinem Stellvertreter Niklaus Hari erteilt. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.evppev.ch > Service > Schulungsangebote.